

Die Studie ist ein Blick durch das Schlüsselloch des zukünftigen „Musterjugendamt“ - eine Art „neoliberale Peepshow“ zukünftiger Gestaltungswünsche. Die gesetzliche Gesamtverantwortung des Jugendhilfeausschusses (JHA) und eine gesetzlich geforderte alltags- und lebensweltorientierte Jugendhilfeplanung in den „Arbeitsgemeinschaften im Stadtteil“ haben dort wie selbstverständlich keinen Platz in der Organisationsstruktur. Dafür findet sich aber in einer Fußnote der Hinweis, dass durch die Föderalismusreform Bundesgesetze „als eigene Angelegenheit“ sehr kreativ umgesetzt werden könnten. Demokratie ist ein wertvolles Gut. Alles andere könnte uns teuer zu stehen kommen. Gerade in diesen Tagen ist dies intensiv zu bedenken.

Inzwischen werden in den aktuellen „Haushaltsberatungen“ 2010/2011 der Berliner Bezirke mit dem Argument der „Überalterung“ öffentliche Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen oder privatisiert – auch ganz gern mal ohne Ausschreibung. Engagiert arbeitende Kolleginnen und Kollegen werden verunsichert, ihre berufliche Leistung in Frage gestellt und eine enorme Existenzangst geschürt.


Wir erwarten von Ihnen eine eindeutige Positionierung für die Kolleginnen und Kollegen, die sich – oft – jahrzehntelang für die Berliner Bevölkerung engagieren und kompetent einsetzen. Welche Möglichkeiten sehen Sie – und setzen Sie auch um -, damit der Stellenwert der bisher in der Jugendhilfe handelnden Personen aufgewertet und nicht abgewertet wird?

Mit diesem diskriminierenden Inhalt kann die Studie auf keinen Fall weiter veröffentlicht werden.

Mit kollegialen Grüßen



Achim Christophersen
Sprecher für den Fachausschuss
Sozialarbeit



Susanne Stumphenhusen
Landesbezirksleiterin